



an den

EINWOHNERRAT EMMEN

10/16 Beantwortung des Postulats vom 10. März 2016 von Markus Greter und Hans Schwegler betreffend "prekäre Verkehrssituation in der Gemeinde Emmen"

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

A. Wortlaut des Postulats

Die Agglomeration um Emmen und Emmen selber wächst und wächst. Dieses Wachstum bringt nicht nur Annehmlichkeiten mit sich, nein auch viel Ärger. Rund 50'000 Verkehrsteilnehmer passieren täglich einen der meistbefahrenen Verkehrsknoten der Schweiz, den Seetalplatz. Bis 2018 bleibt das Areal rund um diesen wichtigsten Verkehrsknoten nördlich von Luzern eine Baustelle. Viele Emmer Bürger ärgern sich über die aktuelle Verkehrssituation und haben dies auch schon persönlich beim Gemeinderat deponiert.

Während den Stosszeiten ist das Emmer Strassennetz teilweise total überlastet. Da kann es schon mal vorkommen, dass man für ca. 3 km mehr als ½ Stunden Fahrzeit benötigt. Insbesondere verschlechtert sich die Verkehrssituation, wenn auf der A14 ein Unfall passiert und dann viele Verkehrsteilnehmer über die Hauptstrasse Richtung Emmen ausweichen.

Ein weiteres negatives Beispiel ist der Kreisel beim Sonnenplatz mit den diversen Fussgängerstreifen. Diesbezüglich ist im Jahre 2009 bereits eine Motion an den Gemeinderat überwiesen worden mit der Forderung, diverse bauliche Massnahmen zur Verkehrsentslastung auszuführen. Obwohl die Gersagstrasse bis zur Einmündung in den Sonnenplatz-Kreisel eine Gemeindestrasse ist, wurde seit der Überweisung dieser Motion im 2009 von der Baudirektion nichts umgesetzt.

Aufkommende Verkehrschaos in der Region Luzern, speziell von Emmen ausgehend, haben auch Auswirkungen bis in die Stadt Luzern. Vorschläge des Kantons wie zum Beispiel die persönliche Agenda nach Verkehrsaufkommen zu richten, möglichst die gleitenden Arbeitszeiten nutzen, Sitzungstermine ausserhalb der Stosszeiten zu planen, vermehrt die Möglichkeiten der kombinierten Mobilität nutzen, Fahrgemeinschaften bilden usw.; dies sind wohl nette Vorschläge, aber nicht realistisch und kaum durchsetzbar.

Wir fordern den Gemeinderat auf, folgende Fragen zu beantworten:

- Besteht ein Massnahmenplan des Emmer Gemeinderates wie dieser unbefriedigenden Verkehrssituation umgehend entgegengewirkt werden kann? Wie sieht dieser aus, wenn nein, wieso besteht keiner?
- Welche baulichen Massnahmen sind kurz- und langfristig auf den Gemeindestrassen geplant? Wie will der Gemeinderat den Mehrverkehr bewältigen, um die aktuelle prekäre Verkehrssituation zu verbessern?
- Welche baulichen Massnahmen sind speziell bei Schnittstellen von Gemeindestrassen zu Kantonsstrassen geplant?
- Wie und wie häufig steht der Gemeinderat mit den Verantwortlichen des Kantons betreffend dem Verkehrsaufkommen in Verbindung?

Wir verlangen vom Gemeinderat:

- Eine Stellungnahme, was der Gemeinderat zu tun gedenkt, um seinen Einfluss auf die in der Kompetenz des Kantons stehenden Strassen in Emmen zu verbessern (sind wir doch heute die zweitgrösste Gemeinde in der Zentralschweiz).
- Dass er sich umgehend mit dem Kanton an einen Tisch setzt und konstruktive Sofortmassnahmen verhandelt.

B. Stellungnahme des Gemeinderates

1. Einleitung

Tatsächlich kommen in der Agglomeration Luzern diverse Strassen und Verkehrssysteme während der Morgen- und Abendverkehrsspitze an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, was zu Staus und Wartezeiten führt. In der Gemeinde Emmen sind zentral davon betroffen die Seetalstrasse (K 16), die Gerliswilstrasse (K 13) sowie die Nationalstrassen A2 und A14. Bereits kleine Störungen auf den Nationalstrassen haben Auswirkungen auf das gesamte umliegende Strassennetz. Einerseits ist die Gemeinde Emmen mit einem Autobahnvoll- und einem Halbanchluss sowie zwei unmittelbar an die Gemeinde angrenzenden Vollanschlüssen sehr gut an das Nationalstrassennetz angebunden. Dies ist ein klarer Standortvorteil für viele Gewerbebetriebe. Vier Bahnhöfe/Bahnstationen bilden das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs und die Feinverteilung übernimmt ein gut ausgebautes Busnetz. Dem Veloverkehr stehen entlang der Kantonsstrassen zahlreiche eigene Fahrbahnen zur Verfügung. Gesamthaft darf die übergeordnete Verkehrsinfrastruktur der Gemeinde als gut bis sehr gut bezeichnet werden, was Emmen unter anderem attraktiv macht. Andererseits erzeugt genau diese Infrastruktur Verkehr und beschleunigt zusätzlich das Wachstum der Gemeinde. Die negativen Auswirkungen sind Über-

lastungen der Systeme zu den Spitzenzeiten oder bei Ereignissen im übergeordneten Netz. Im Bauprogramm (Botschaft B 116 des Regierungsrates an den Kantonsrat) des Kantons Luzern sind sowohl Massnahmen an der K 13 im Abschnitt Centralplatz bis Sprengi inkl. Neuenkirchstrasse bis Siedlungsgrenze sowie an der K 16 in Emmen im Sinne der Prüfung der Umfahrung Emmen Dorf und der K 16 im Seetal als Verbesserung der Situation ab Waldibrücke bis zur Kantonsgrenze in Aesch vorgesehen. In allen drei Projekten ist die Gemeinde Emmen in die Projektorganisation einbezogen und kann direkt die Interessen vertreten. Bei den beiden Projekten der K 16 werden aktuell die Grundlagen erhoben, damit ein Gesamtverkehrskonzept erarbeitet werden kann. Dabei spielt der Autobahnanschluss Buchrain eine zentrale Rolle und der mittelfristig geplante Bypass vom Anschluss Emmen Süd soll entsprechende Kapazitäten bringen. Es wäre jedoch falsch zu glauben, dass diese Projekte die beschriebenen Verkehrsprobleme abschliessend zu lösen vermögen. Die bestehenden Rahmenbedingungen der vorhandenen Infrastruktur (z. B. verfügbarer Platz, gewählte Systeme etc.) sowie die vorhandenen Mittel lassen fast keine Kapazitätserweiterungen zu. Es bleibt die punktuelle Optimierung der Systeme, die vom Kanton beschriebene Verhaltensänderung bei den Verkehrsteilnehmern und das Leben mit der Gewissheit, dass der Stau nie endgültig zur Geschichte wird, sondern ein Teil urbanen Lebens ist. Der Gemeinderat Emmen setzt sich vehement für die siedlungsverträgliche Gestaltung des Verkehrs ein und will die Standortqualität für das Gewerbe sowie die Bewohnerinnen und Bewohner erhalten. Die Gratwanderung zwischen notwendigem Angebot und erträglicher Menge ist ein dauerhaft präsent Thema und einer der Schwerpunkte seiner Tätigkeit.

2. Zu den Fragen der Postulanten

1. Besteht ein Massnahmenplan des Emmer Gemeinderates wie dieser unbefriedigenden Verkehrssituation umgehend entgegengewirkt werden kann? Wie sieht dieser aus, wenn nein, wieso besteht keiner?

Nein, der Gemeinderat Emmen hat keinen eigenen Massnahmenplan, wie der Gesamtverkehr in der Region in Zukunft bewältigt werden soll. Er nutzt die Instrumente von Bund (Agglomerationsprogramme) und Kanton (Bauprogramm), um seine Interessen einzubringen und ergänzt diese Projekte mit eigenen Massnahmen an den Gemeindestrassen. Die Verkehrsträger, welche hauptsächlich von der Übernutzung betroffen sind (Nationalstrassen, Kantonsstrassen und Schienennetz), liegen nicht im Verantwortungsbereich des Gemeinderates. Insofern kann der Gemeinderat lediglich als Antragssteller auftreten, was er auch aktiv tut. Beispielsweise beim Projekt "K13 - Sonnenplatz bis Sprengi" sah der Gemeinderat wesentliches Optimierungspotential im vom Kanton vorgelegten Projektentwurf. Weshalb die Gemeinde Emmen eine Projektanalyse mit konkreten Optimierungsvorschlägen ausarbeiten liess und auf dieser Grundlage das Gespräch mit der kantonalen Verwaltung und dem zuständigen Regierungsrat suchte. Unter anderem aufgrund der vom nationalen Parlament beschlossenen Umsetzung der Motion Müri zum Autobahnanschluss "Emmen Nord" werden die verkehrstechnischen Grundlagen nochmals zu überprüfen sein und allenfalls sind die Projektrahmenbedingungen neu zu setzen.

2. Welche baulichen Massnahmen sind kurz- und langfristig auf den Gemeindestrassen geplant? Wie will der Gemeinderat den Mehrverkehr bewältigen, um die aktuelle prekäre Verkehrssituation zu verbessern?

Kapazitätserweiternde Massnahmen sind aktuell lediglich an der Mooshüslistrasse geplant. In einer Gesamtverkehrssicht soll der Knoten Gersag (Kreuzung, Bushaltestelle und Bahnhof Gersag) für alle Verkehrsteilnehmer optimiert und aufgewertet werden. Hier soll zuerst eine Studie Klarheit über mögliche Massnahmen schaffen. Bei den restlichen Gemeindestrassen sind der Sanierungs- bzw. Erneuerungsbedarf festgehalten und wo notwendig in der Investitionsplanung abgebildet. Exemplarisch sei hier die Sanierung der Rüeggisingerstrasse im Bereich Hüslensmoosstrasse bis Rotbachbrücke sowie die Instandsetzung der Rotbachbrücke selbst erwähnt. Der Gemeinderat hat das Ziel, in seinem Einflussbereich den Gesamtverkehr zu optimieren. Dazu sind Massnahmen, wie die Lückenschliessung und Steigerung der Verkehrssicherheit im Fussgänger- und Velonetz, die Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs, das Entlasten von Quartieren vom Durchgangsverkehr sowie die Verflüssigung des motorisierten Individualverkehrs, auf der gemeinderätlichen Agenda. Abgebildet wird die Stossrichtung im kommunalen Erschliessungs- und Verkehrsrichtplan, dem Legislaturprogramm und in der Investitionsplanung.

3. Welche baulichen Massnahmen sind speziell bei Schnittstellen von Gemeindestrassen zu Kantonsstrassen geplant?

Bei der Mooshüslistrasse sollen im Abschnitt Lindenheimstrasse bis Seetalstrasse die Abbiegespuren verlängert werden damit während der verschobenen Grünphasen der Verkehr in beide Richtungen besser abfliessen kann und somit der Rückstau während der Spitzenstunden kürzer wird. Davon profitiert auch der Bus. Zudem wird die Haltestelle an den Kreuzungsbereich Lindenheim-/Mooshüslistrasse verlegt, gesamterneuert und den Bedürfnissen des neuen Quartiers angepasst. Die Optimierung am Sonnenplatz ist Bestandteil des kantonalen Projektes "K13 - Sonnenplatz bis Sprengi". Dieses Projekt betrifft die Einmündung der Krauerstrasse, den erweiterten Einmündungsbereich der Gersagstrasse und im Gebiet Sprengi auch den Knoten mit der Erlenstrasse.

4. Wie und wie häufig steht der Gemeinderat mit den Verantwortlichen des Kantons betreffend dem Verkehrsaufkommen in Verbindung?

Der jeweils zuständige Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung stehen in regelmässigem Kontakt mit den entsprechenden Stellen der kantonalen Verwaltung. Dabei steht die Zusammenarbeit in laufenden Projekten an Kantonsstrassen im Vordergrund. Inhaltlich beschäftigen sich diese Projekte immer auch mit dem Verkehrsaufkommen. Je nach Projektstand und Einbindung in die Projektorganisation variiert das zwischen ein- bis zweimal jährlich und fast monatlich. Der Gesamtgemeinderat wird über die wichtigsten Schritte jeweils informiert und hat so die Möglichkeit Einfluss zu nehmen oder Schlüsselentscheide zu fällen.

3. Zu den Forderungen der Postulanten

1. Eine Stellungnahme, was der Gemeinderat zu tun gedenkt, um seinen Einfluss auf die in der Kompetenz des Kantons stehenden Strassen in Emmen zu verbessern (sind wir doch heute die zweitgrösste Gemeinde in der Zentralschweiz).

Wie bereits beschrieben steht die Gemeinde projektbezogen in sehr engem Austausch mit dem Kanton und nutzt die vorhandenen Instrumente der langfristigen Planung. Dazu benötigt es Professionalität und die entsprechende Fachkompetenz in der Gemeindeverwaltung sowie Mittel, um in einzelnen Sachfragen Grundlagen, Konzepte und Gutachten aus Sicht der Gemeinde zu erstellen. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass in Sachen Professionalität und Fachkompetenz die Gemeinde Emmen ihrer Bedeutung gerecht wird. Die notwendigen Mittel werden im Rahmen des Budgetprozesses jeweils dem Einwohnerrat vorgelegt. Abschliessend über das Bauprogramm des Kantons Luzern und die Stossrichtung der darin enthaltenen Projekte entscheidet der Kantonsrat. Der Gemeinderat informiert die Kantonsräte der Gemeinde Emmen regelmässig über die Interessen der Gemeinde.

2. Dass er sich umgehend mit dem Kanton an einen Tisch setzt und konstruktive Sofortmassnahmen verhandelt.

Der Austausch findet bereits mannigfach statt. Einfache Massnahmen, welche sofort und mit kleinem Aufwand umgesetzt werden können, sind immer ein Thema. So werden beispielsweise im Rahmen des Neubaus Seetalplatz laufend kleine Anpassungen in der Verkehrssteuerung und der Signalisation vorgenommen, um auftretende Probleme zu beseitigen. Nach Abschluss der Bauarbeiten wird es eine längere Beobachtungs- und Optimierungsphase geben.

4. Kosten

Das Postulat verursacht keine direkten Kosten. Zusätzliche Anstrengungen in der Zusammenarbeit mit dem Kanton binden die vorhandenen Ressourcen stärker.

5. Schlussfolgerung

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat entgegen zu nehmen und gleichzeitig abzuschreiben. Die Forderungen der Postulanten sind erfüllt, denn grundsätzlich handeln der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung bereits im Sinne der Postulanten und setzen sich beim Kanton dauernd für eine tragbare Verkehrssituation in Emmen ein.

Emmenbrücke, 26. April 2017

Für den Gemeinderat

Rolf Born
Gemeindepräsident

Patrick Vogel
Gemeindeschreiber